

Ideologischer Wandel der Schweizer Parteien und Sachpolitik in den Lokalsektionen¹

Urs Meuli

meuli@soziologie.unizh.ch

Soziologisches Institut der Universität Zürich

Version 2, September 2004

Inhalt

1. Ideologische Distanz oder Konvergenz im Parteiensystem?	2
2. Polarisierung des Parteiensystems	3
3. Sachpolitische Divergenzen in den Lokalparteien	5
4. Beurteilung der Sachpolitik.....	6
6. Einflussfaktoren der Divergenzen	11
7.1 Einflussfaktoren in der FDP	13
7.2 Einflussfaktoren in der CVP	14
7.3 Einflussfaktoren in der SVP	15
7.4 Einflussfaktoren in der SP	17
7. Fazit	18
8. Daten und Methode	19
9. Literatur	20

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ideologischer Wandel der Parteien in Bund, Kanton und Gemeinde aus der Sicht der Lokalparteien, nach Sprachregionen	4
Tabelle 2:	Anteil der Lokalparteien, deren Basis in politischen Sachfragen zustimmender Meinung ist	7
Tabelle 3:	Anteil der Lokalparteien, deren Basis in politischen Sachfragen geteilter Meinung ist.....	10
Tabelle 4:	Einflussfaktoren bei der Beurteilung sachpolitischer Themen. Eine Regression unter Berücksichtigung aller Lokalparteien	12
Tabelle 5:	Einflussfaktoren bei der Bewertung wichtiger politischer Sachthemen in der FDP (Regression)	13
Tabelle 6:	Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der CVP (Regression)	14
Tabelle 7:	Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der SVP (Regression).....	16
Tabelle 8:	Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der SP (Regression).....	17

¹ Diese Arbeit ist im Rahmen des Projekts „Aktuelle Entwicklungstrends der Kommunalparteien und Kommunalpolitik“ entstanden, das vom Schweizerischen Nationalfonds vom Mai 2002 bis August 2004 gefördert wurde (Projekt-Nr. 1214-064857).

1. Ideologische Distanz oder Konvergenz im Parteiensystem?

Seit den 1970er Jahren wird in der Parteienforschung zunehmend versucht, die ideologischen Differenzen der Parteien in ganzen Parteiensystemen zu erforschen. Dabei hat sich gezeigt, dass Distanz oder Nähe der Parteien in der Regel von den Parteiensystemen in den einzelnen Nationen abhängig ist (vgl. von Beyme 2000: 90 ff.). So besteht in Zweiparteiensystemen wie in Grossbritannien eher die Tendenz einer Annäherung der Parteien, während in pluralistischen Parteiensystemen erstaunlich prononcierte Haltungen zu Schlüsselfragen der Politik zu finden sind. Für alle Parteiensysteme ist aber immer wieder die These formuliert worden, dass sich die Programme der Parteien einander angleichen. So wurde festgestellt, dass diese ideologische Annäherung in Deutschland, Österreich und Schweden am weitesten fortgeschritten ist und am geringsten in den lateinischen Ländern.

Auch für die Schweiz ist von einer Konvergenz im Parteiensystem, einer abnehmenden ideologischen Distanz, ausgegangen worden (vgl. Brändle 1999). Die Parteien haben sich im System der Konkordanz so eingelebt, dass die Unterschiede zwischen den Regierungsparteien auf ein Minimum geschrumpft sind. Allerdings hat der durch die SVP neu entfachte Wettbewerb zwischen den Parteien die Bedingungen seit Anfang 1990 wieder radikal verändert. Im Kampf um Wählerstimmen müssen die Parteien wieder prononciertere Positionen suchen.

Obwohl schon lange tot gesagt, gilt das Links-rechts-Schema nach wie vor als der wichtigste Orientierungsrahmen im ideologisch-politischen Raum. Es hat in den letzten Jahren schon einige Krisen überlebt, aber die Bereitschaft, sich in der Links-rechts-Dimension politisch zu definieren, ist in den europäischen Ländern immer noch sehr hoch. Auch in der Schweiz ist die nach wie vor ungebrochene Bedeutung des Links-rechts-Denkens ausgewiesen. Sie zeigt sich unter anderem auch darin, dass fast 100 Prozent der Befragten bei beiden Lokalparteienbefragungen von 1990 und 2003 sich ohne Mühe auf dieser Skala lokalisieren konnten.

Im folgenden Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, wie viel Nähe oder Distanz zwischen den Parteien auf der Links-rechts-Skala besteht. Dabei interessiert nicht nur die Frage, ob sich die beiden grossen politischen Lager, die bürgerlichen und Linksparteien, sich voneinander entfernt oder sich angenähert haben, sondern auch wie die Parteien in den politischen Lagern zueinander stehen.

Neben der Links-rechts-Einstufung ist auch die Beurteilung von sachpolitisch relevanten Fragen und Themen von Interesse. Zum einen veranschaulichen sie die abstrakte ideologische Einstufung. Zum anderen dienen sie aber auch als Kontrollinstrumente für die ideologischen Distanzen der Parteien. In einem zweiten Teil wird deshalb der Frage nachgegangen, wie unterschiedlich die Parteien die wichtigsten politischen Grundthemen und Sachfragen beurteilen. Weiter soll auch die Thematik der inhaltlichen parteiinternen Homogenität untersucht werden. Wie konsistent oder divergierend sind die Beurteilungen der Lokalsektionen und bestehen in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen den ideologisch extremeren Parteien und den Parteien der politischen Mitte?

2. Polarisierung des Parteiensystems

Die Schweizer Politik der 1990er Jahre wurde durch Entwicklungen geprägt, die zu einer Polarisierung des Parteiensystems führten. Anhand der ideologischen Einschätzung der Parteien durch ihre Lokalsektionen lässt sich dieser Umbau veranschaulichen (vgl. Tabelle 1). Auf allen drei staatlichen Ebenen, in der Bundespolitik, in den Kantonen und in den Gemeinden, hat der Grad der ideologischen Polarisierung, gemessen am Skalenabstand zwischen den extremsten Parteien, zugenommen. Dieser Befund gilt aber vor allem für die deutsche Schweiz. In der Romandie gelten anderen politische Verhältnisse, dies vor allem darum, weil die SVP in der französischsprachigen Schweiz erst in den letzten Jahren richtig Fuss gefasst hat.

Diese Tendenz zur Polarisierung verfestigt sich je mehr man sich dem Zentrum der Parteien annähert. Auf der untersten Staatsebene, in den Lokalsektionen, hat sich der Konfliktstoff in der Schweizer Politik am wenigsten stark ausgewirkt. In den peripheren Parteistrukturen sind die Verschiebungen der SVP nach rechts und der anderen Parteien nach links relativ gemässigt ausgefallen. Deutlich stärker fällt die Polarisierung in den Kantonen aus. Zwar haben sich die Kantonalparteien der SVP insgesamt nicht sehr weit nach rechts verschoben. FDP und CVP sind aber sehr deutlich in die politische Mitte gerückt, und die SP hat sich stark nach links bewegt. Am deutlichsten ist die Polarisierung aber auf Bundesebene sichtbar. Nach der Einschätzung ihrer Lokalsektionen nehmen SVP und SP extreme Positionen am rechten resp. linken Rand des politischen Spektrums ein.

Die Homogenität des politischen Systems hat neben dem Auseinanderdriften der politischen Extreme auch im bürgerlichen Lager gelitten. Die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien im Mitte-rechts-Spektrum sind deutlich grösser geworden. Je höher die staatliche Ebene liegt, desto grösser ist dabei die Skalendifferenz zwischen der SVP als rechter und der CVP als Partei, die sich am stärksten gegen die politische Mitte orientiert. Auch die Differenz zwischen der SVP und der FDP ist in den letzten Jahren auf allen Ebenen grösser geworden.² Auf der nationalen Ebene haben die beiden Parteien die Positionen getauscht: War die FDP 1990 noch mit Abstand die am stärksten rechts positionierte Partei bei den Bürgerlichen, ist sie heute weit in die Mitte gerutscht, während die SVP den umgekehrten Weg gegangen ist. Trotz dieser Entwicklung ist der ideologische Abstand zwischen dem bürgerlichen Lager und der SP immer noch viel grösser als innerhalb des Bürgerblocks.

Den stärksten Linksrutsch haben die Grünen vollzogen. Von einer gemässigten Mitte-links-Partei sind sie ganz an den linken Rand des politischen Randes gerückt. Dabei haben sich innerhalb der Grünen die Fronten verschoben. Bildeten die nationalen Grünen 1990 noch klar den gemässigten Teil innerhalb der Gesamtpartei, haben sie in der Zwischenzeit die kantonalen und lokalen Sektionen links überholt und haben damit zur Polarisierung in der nationalen Politik ihren Beitrag geleistet.

In der französischen und der italienischen Schweiz hat sich das Parteiensystem in ideologischer Hinsicht nicht in gleichem Masse entwickelt wie in der Deutschschweiz. Wie schon erwähnt, hat die SVP in diesen Gebieten in den 1990er Jahren noch keine wichtige Rolle gespielt. In der französischsprachigen Schweiz hat sie zwar in den letzten Jahren spektakuläre Erfolge erzielt, ohne dass sich daraus aber erkennbare Auswirkungen auf das

² vgl. dazu Ladner et al., 2003. Sachpolitische Nähe bei den Lokalparteien. Zur Debatte über die Distanz zwischen FDP und SVP, in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 55 vom 7.3.2003.

Parteiensystem ergeben haben. In der Romandie ist die Polarisierung des Parteiensystems somit ausgeblieben. Die Parteien sind in der Regel leicht nach links gerückt oder haben sich nicht bewegt. Man kann also feststellen, dass das politische System in der Romandie relativ stabil ist.

Auch fällt der Grad der Polarisierung in der nationalen Politik aus der Sicht der Westschweizer Sektionen weniger deutlich aus. Der Hauptgrund liegt darin, dass die französischsprachigen SP-Sektionen die Politik ihrer nationalen Partei klar gemässigter einstufen. Das lässt darauf schliessen, dass die SP-Basis in der Romandie einerseits andere Vorstellungen über linke Politik hat, andererseits aber die starke Linkspositionierung der SP in der Deutschschweiz im Zusammenhang mit dem ideologischen Feind SVP zu sehen ist. Noch stärker als in der Westschweiz zeigt sich dieser Zusammenhang im Tessin, wo die SP-Sektionen die Politik ihrer Mutterpartei als eher gemässigt einstufen.

Tabelle 1: Selbsteinstufung der Lokalparteien auf der Links-Rechts-Skala 1990 und 2003, nach Sprachregionen*

	2003			1990			Wandel		
	national	kantonal	lokal	national	kantonal	lokal	national	kantonal	lokal
Deutsche Schweiz									
SVP	8.0	7.5	7.2	7.2	7.4	7.0	+0.8	+0.1	+0.2
FDP	6.8	7.0	6.9	7.7	7.5	7.2	-0.9	-0.5	-0.3
CVP	5.8	5.9	6.0	6.3	6.4	6.4	-0.5	-0.5	-0.4
SP	2.7	2.7	3.1	3.2	3.2	3.4	-0.5	-0.5	-0.3
GP	2.6	2.9	2.9	4.2	3.5	3.3	-1.6	-0.6	-0.4
Franz. Schweiz									
LPS	8.3	8.2	8.0	8.4	8.2	8.0	-0.1	0.0	0.0
SVP	7.5	6.5	6.3	7.0	6.4	6.6	+0.5	+0.1	-0.3
FDP	7.3	6.6	6.9	7.5	7.0	6.7	-0.5	-0.1	+0.3
CVP	6.3	6.5	6.3	6.3	6.7	6.4	-0.3	-0.4	-0.7
SP	3.3	2.7	2.9	3.4	3.1	3.1	-0.1	-0.4	-0.2
GP	2.7	2.8	3.2						
Ital. Schweiz									
FDP	6.3	6.1	6.0	6.5	5.9	5.9	-0.2	+0.2	+0.1
CVP	6.0	6.0	6.0	6.6	6.4	6.2	-0.6	-0.4	-0.2
SP	3.8	3.3	3.0	3.2	3.4	3.3	+0.6	-0.1	-0.3

* Skala von 1 (extrem links) bis 10 (extrem rechts)

Die Frage nach Polarisierungstendenzen innerhalb der Parteien ist nicht klar zu beantworten. In der SVP hat sich die nationale Partei von den kantonalen und lokalen Sektionen klar nach rechts weg bewegt. Auch in der SP ist eine leichte Polarisierung fest zu stellen, indem sich die nationale und die kantonalen Parteien von den lokalen Sektionen etwas nach links entfernt haben. In den beiden Parteien, die die Politik auf nationaler Ebene von den Extremen her beherrschen, haben sich die Lokalsektionen weniger stark radikalisiert. Allerdings gilt dieses Muster nicht für die Westschweizer SP. In der Romandie haben die SP-Sektionen die Polarisierung umgekehrt erlebt, indem sich die kantonalen und lokalen Parteien viel stärker

nach links verschoben haben als die Bundespartei und heute viel weiter links positioniert sind. In der SP offenbart sich ein Röschtigraben, was das Verständnis von linker Politik anbetrifft, und die Westschweizer SP deutlich linker anzusiedeln als ihre Deutschschweizer Genossen.

Ganz anders haben sich FDP und CVP entwickelt. Lag in der FDP die Bundespartei 1990 noch deutlich rechts von den Kantonal- und Lokalparteien, verorten sich heute in der Deutschschweiz nationale, kantonale und lokale Ebene praktisch auf dem gleichen Niveau. Die CVP hat ihre ideologisch Homogenität sowohl in der Deutsch- wie auch in der Westschweiz bewahrt. Alle drei Ebenen haben sich in der CVP gleichmässig nach links verschoben.

Damit haben zwei Entwicklungen stattgefunden: Die Parteien an den politischen Extremen haben seit 1990 divergiert, während die Parteien in der Mitte eher eine Tendenz zur Konvergenz auszeichnet. Die zum grossen Teil bedeutsamen Differenzen zwischen den Sprachregionen müssen dabei aber mit berücksichtigt werden. Die wesentliche Differenz zwischen den Landesteilen besteht aber darin, dass in der Romandie die Liberale Partei den Part der SVP spielt, nach eigener Einschätzung aber noch deutlich näher am rechten Rand als die SVP. Es wird interessant zu beobachten sein, wie sich das Parteiensystem mit dem Eintritt der SVP in den französischen Sprachraum entwickeln wird. Insbesondere das zukünftige Schicksal der Liberalen ist mit einigen Unbekannten behaftet. Sie könnten in den nächsten Jahren von der ideologisch benachbarten SVP hart bedrängt werden. Wie wird sie darauf reagieren? Wird sie versuchen der SVP auszuweichen, indem sie sich ideologisch der Mitte annähert oder kommt es gar zu einer Verbindung mit den Radikalen? Wenn man sich die ideologischen Positionen der beiden Parteien ansieht, sind sich die beiden Parteien in der nationalen Politik recht nahe. In den Kantonen und Gemeinden sind die Differenzen sind die Differenzen so gross, dass hier eine Zusammenarbeit zumindest erschwert wird.

3. Sachpolitische Divergenzen in den Lokalparteien

Als Orientierungsrahmen im ideologisch-politischen Raum ist das Links-rechts-Schema immer noch von zentraler Bedeutung (vgl. von Beyme 2000: 64 ff.). Obwohl schon des öfteren für überholt erklärt, hat es schon einige Krisen überlebt, und die Bereitschaft, sich in der Links-rechts-Dimension einzuordnen, ist in den europäischen Ländern immer noch sehr hoch. Auch in der Schweiz ist die nach wie vor ungebrochene Bedeutung des Links-rechts-Denkens ausgewiesen. Sie zeigt sich darin, dass fast 100 Prozent der Befragten bei beiden Lokalparteienbefragungen von 1990 und 2003 sich ohne Mühe auf dieser Skala lokalisieren konnten.

Die ideologische Verortung auf der Links-rechts-Achse stösst dort an ihre Grenzen, wo es darum geht, politische Positionen auch mit Inhalten zu erklären und zu unterscheiden. Dazu sind diese Einstufungen immer sehr subjektiv, und je nach sozio-demographischem Hintergrund der Befragten können gleiche Verortungen in der konkreten Politik ganz anders interpretiert werden.

Es drängt sich damit auf, die politischen Verortungen der Parteien anschaulicher zu gestalten. Als Instrument bietet sich die Messung der Einstellungen der Parteien zu konkreten politischen Themen und Sachfragen an. Sie sollen das Links-rechts-Schema nicht ersetzen, aber sie können als Ergänzung dienen und politische Positionen in einem sachpolitischen

Kontext konkretisieren. Die alte Dichotomie zwischen links und rechts kann auf diese Weise ausdifferenziert werden.

Sachpolitische Beurteilungen geben aber auch Auskünfte über die Geschlossenheit und Homogenität der Basis der Parteien. An dieser Stelle interessiert dabei vor allem die Frage, wie die Fronten innerhalb der Lokalsektionen verlaufen. Wie geschlossen und einig sind sich die aktiven Mitglieder bei den wichtigen sachpolitischen Themen? Und in welchen Sachbereichen sind innerhalb der Parteien Divergenzen zu erkennen? Mit der Beantwortung dieser Fragen können Hinweise über die Homogenität resp. Heterogenität der Parteibasis und das Konfliktpotential innerhalb der Parteien erarbeitet werden, die über die Verortung im Schema nicht zu erhalten sind.

Im folgenden wird zuerst der Frage nachgegangen, wie hoch die Zustimmung zu den wichtigsten Sachfragen in den Parteien ausfällt. Als zweites wird untersucht, wie umstritten die Sachthemen in den Parteien selber sind. Als Indikator dafür gilt der Anteil der Lokalsektionen, in denen sich in den einzelnen Sachfragen keine eindeutige Mehrheit der aktiven Mitglieder dafür oder dagegen ergibt. Schliesslich soll versucht werden, die Einflussfaktoren differierender Beurteilungen innerhalb der Parteien zu bestimmen.

4. Beurteilung der Sachpolitik

Es ist natürlich nicht so, dass ideologische Verortung und Beurteilung von Sachthemen unabhängig voneinander geschehen. Im Gegenteil besteht ein enger wechselseitiger Zusammenhang zwischen ideologischer Position und sachpolitischen Beurteilungen. Dies zeigt sich darin, dass alle Sachthemen mit der politischen Verortung hoch signifikant korrelieren (vgl. Tabelle 2). Damit können die wichtigsten Sachfragen in linke und rechte Postulate unterteilt werden. Es ist folglich zwingend, dass die bürgerlichen Parteien rechte Postulate befürworten, während sich die SP und die Grünen für linke Forderungen einsetzen. Interessant ist aber die Frage, wie nah sich die ideologisch verwandten Parteien sachpolitisch sind, oder inwiefern sich zum Beispiel die FDP und die SVP auf der rechten und die SP und die Grünen auf der linken Seite unterscheiden. Bei der CVP stellt sich die Frage, wie sich ihre Distanz zu den beiden anderen bürgerlichen Parteien ausdrückt und wo allenfalls Berührungspunkte mit dem linken Lager zu finden sind.³

Bei der Beurteilung der wichtigsten politischen Sachfragen fällt als erstes die Nähe von FDP und SVP auf. Die wichtigsten rechten politischen Anliegen finden bei ihren Lokalsektionen in der Regel klare Mehrheiten, linke Postulate werden von ihnen ebenso klar abgelehnt. Unterschiede zeigen sich in der Geschlossenheit, mit der sie in einzelnen Fragen auftreten. So ist vor allem eine Verschärfung der Asylgesetzgebung für die SVP bedeutend wichtiger, und sie lehnt einen Beitritt zur EU kategorischer ab als die FDP.

Die Nagelprobe für die bürgerlichen Parteien folgt aber bei der Diskussion um die zukünftige Rolle des Staates. Neben der Beurteilung der Asylgesetzgebung wird in der Frage nach einer verstärkten Liberalisierung staatlicher Aufgaben die grösste Differenz zwischen den beiden Parteien deutlich. In der SVP findet sich nur eine Minderheit von einem Drittel der Lokalsektionen, die diesem Postulat zustimmt. Die neoliberale, staatskritische bis -feindliche Ausrichtung, die der SVP von vielen politischen Beobachtern zugeteilt wird, bestätigt sich bei

³³ Zu der politischen Verortung der Parteien vgl. U. Meuli, 2004. Ideologischer Wandel der Parteienlandschaft.

dieser zentralen Frage um die Rolle des Staates an der SVP-Basis nicht. Bei dieser Frage offenbart sich exemplarisch die Zerrissenheit der Partei zwischen wirtschaftsorientierter Parteiführung und eher strukturkonservativer Basis, die ihrerseits zu einem grossen Teil von staatlichen Leistungen profitiert (Landwirtschaft, Klein-, Baugewerbe etc.). Aber auch in der FDP, der klassischen Wirtschaftspartei, ist die Basis in der Liberalisierungsfrage überraschenderweise gespalten. Auch sie kann sich nicht zu einem klaren Bekenntnis zu einem Abbau staatlicher Leistungen durchringen.

Bemerkenswert ist die durchgehende Skepsis der bürgerlichen Parteien gegenüber einem EU-Beitritt. Nur 20 Prozent der Sektionen von FDP und CVP sind für einen Beitritt. Diese Ablehnung erstaunt, wenn man bedenkt, dass diese Parteien vor noch nicht allzu langer Zeit die europäische Integration auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Das Thema Europa scheint sich im Laufe der Jahre auf eine ideologische Links-rechts-Auseinandersetzung reduziert zu haben, konnten doch 1991 die Gegner und Befürworter eines EWR-Beitrittes nicht so einfach den ideologischen Lagern zugeordnet werden. Ein weiterer Beleg für die Ideologisierung der Europafrage ist der Wandel der Grünen, die 1991 noch zu den vehementen Gegnern gehört hatten. Heute sind bei ihnen 60 Prozent der Sektionen mehrheitlich für einen EU-Beitritt.

Tabelle 2: Anteil der Lokalparteien, deren Basis in politischen Sachfragen zustimmender Meinung ist

Sachfragen und Grundthemen	SVP	FDP	CVP	SP	Grüne	Korrelation mit Links-rechts-Skala
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben	32.8	49.2	15.0	3.2	0.0	.341**
Verringerung der Steuerbelastung	86.5	85.9	74.3	23.7	5.6	.526**
Verringerung der Sozialausgaben	75.0	68.9	40.0	9.1	5.5	.508**
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit	93.9	86.2	87.9	36.3	12.3	.478**
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	34.2	39.2	52.5	84.9	100.0	-.431**
Beitritt der Schweiz zur EU	1.5	20.4	21.2	75.8	60.3	-.476**
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	94.2	68.9	57.4	8.8	20.8	.551**
Förderung des Finanzplatzes	81.5	89.7	74.7	8.9	0.0	.605**
Für zweite Gotthardröhre	57.8	51.1	31.2	6.0	5.5	.387**
Einführung der Mutterschaftsversicherung	6.8	22.7	58.4	96.6	95.9	-.602**
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	15.1	12.1	27.4	93.7	84.3	-.583**
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	21.3	8.9	29.6	91.4	81.9	-.567**
Mehr politische Rechte für Ausländer	1.0	3.6	6.3	64.8	91.8	-.570**
Abschaffung des Bankgeheimnisses	3.1	3.4	5.4	61.3	68.7	-.548**
Ausstieg aus der Kernenergie	3.7	7.1	13.1	72.9	100.0	-.604**

Auch die Basis der CVP, die sich auf der linken Seite des bürgerlichen Spektrums einordnet, steht bei den meisten Themen auf der Seite von SVP und FDP. Bei der Finanz-, Sicherheits-,

Aussen- und Ausländerpolitik liegt sie konsequent auf der bürgerlichen Linie, ebenso bei der ablehnenden Haltung zur Abschaffung des Bankgeheimnisses und zum Ausstieg aus der Kernenergie. Wie drückt sich aber die gemässigte ideologische Position der CVP in der Sachpolitik aus? Sie zeigt sich auf jeden Fall nicht in der Besetzung bestimmter Sachthemen, es gibt keine politischen Fragen, in der die CVP sich durch Leadership im befürwortenden oder im ablehnenden Sinn hervortäte. Hat die FDP bei Entstaatlichungs- und Finanzfragen die konsequenteste Haltung in der Basis, sind es bei der SVP die Ausland- und Ausländerpolitik. Die hybride Position der CVP manifestiert sich vielmehr durch eine Spaltung der Basis in wichtigen politischen Fragen. In der Sozial- und Umweltpolitik sowie in der Asylfrage befindet sich die CVP-Basis dazwischen, es wird keine klare parteiinterne Linie sichtbar. Nur bei der konsequent ablehnenden Haltung von Liberalisierungen im staatlichen Bereich, wird eine wirtschaftsskeptische Seite sichtbar, die sie von weiten Teilen der FDP-Basis deutlich unterscheidet. Aber wie schon oben erwähnt wurde, ist das Thema Privatisierung auch in der FDP und der SVP höchst umstritten und wird auch in der FDP nur von der Hälfte der Lokalsektionen unterstützt.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums herrscht fast bei allen Sachthemen grosse Einigkeit auch auf der kommunalen Ebene. Bei bürgerlichen Postulaten sind SP und Grüne klar dagegen, linke Forderungen werden einhellig unterstützt. Trotzdem offenbaren sich bei einigen Fragen doch kleine Risse vor allem in der Basis der SP. So ist die Front gegen Steuersenkungen und gegen eine Verstärkung der inneren Sicherheit nicht so einstimmig wie bei den Grünen. Immerhin ein Viertel aller Sektionen der SP ist für eine Verringerung der Steuerbelastung, und für eine Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen sind mehr als ein Drittel der Sektionen. Auch beim stark ideologisierten Thema Kernenergie sind nur 72 Prozent für einen Ausstieg, während bei den Grünen hier 100 Prozent beträgt. Die Einheitlichkeit der Grünen auf einem konsequent linken Kurs ist bemerkenswert, abgesehen von zwei Ausnahmen. In der EU-Frage ist ihre Basis immer noch gespalten, aber immerhin 60 Prozent der Sektionen sind heute für einen Beitritt. Auch die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist nicht unumstritten, wobei dies ebenso für die Basis der SP gilt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die ideologischen Positionierungen der Parteien auch in ihren sachpolitischen Beurteilungen niederschlagen. Bei verschiedenen politischen Themen sind aber Unstimmigkeiten in der Basis zu beobachten, das Links-rechts-Schema, das vor allem von der Parteispitze in den Vordergrund geschoben wird, funktioniert an der Basis nicht immer. Vor allem in der CVP drückt sich ihre gemässigte ideologische Position darin aus, dass die Basis in verschiedenen Sachbereichen gespalten ist. Im folgenden werden wir noch eine Stufe tiefer gehen und untersuchen, wie geeint oder uneinig die Basis in den einzelnen Lokalsektionen ist. Der Anteil an Lokalparteien, in denen die aktiven Mitglieder in verschiedenen sachpolitischen Themen nicht klar positioniert auftreten können, gibt einen vertiefteren Einblick in die politische Homogenität bzw. Heterogenität der Parteien.

5. Divergenzen in den Lokalsektionen

Damit sie im verschärften Wettbewerb um Wähleranteile bestehen können, müssen die Parteien bestrebt sein, sich über klare Aussagen und Programme zu profilieren: dezidiertes Profil und Entschlossenheit im Auftreten, zu jeder politischen Frage ein originärer Lösungsvorschlag und klare Positionen. Die Parteien oder zumindest ihre Führungsgremien sind somit im politischen Alltag dauernd herausgefordert und zögerliche Entscheidungsprozesse werden von der politisch interessierten Öffentlichkeit oft als Schwäche interpretiert. Wie wir oben gesehen haben, ist das Links-rechts-Schema für die

Parteien eine wichtige Orientierungshilfe. Es erleichtert ihnen bei vielen Sachfragen eine schnelle und klare Beurteilung vorzunehmen. Die zunehmende Mediatisierung der Politik und die Verschiebung des politischen Schwerpunktes auf die nationale Ebene, erschwert den Parteien aber die Kommunikation mit ihrer Basis und der Absicherung ihrer politischen Strategien bei ihren Mitgliedern. Es wächst die Unsicherheit, ob die politische Ausrichtung der Parteispitzen auch mit den politischen Präferenzen des Fussvolks übereinstimmt.

Es hat sich wie oben beschrieben gezeigt, dass sich die rechtsgerichteten bürgerlichen Parteien klar für rechte Anliegen einsetzen und linke Postulate mehrheitlich ablehnen, während es bei den linken Parteien umgekehrt ist. Allerdings offenbaren sich bei einigen Sachthemen Risse in den Parteien, viele Lokalsektionen folgen nicht den ideologischen Vorgaben oder sind bei vielen politischen Themen verunsichert. Wie hoch ist nun der Anteil der Lokalsektionen, in denen sich keine erkennbare Mehrheit für oder gegen die verschiedenen sachpolitischen Forderungen und Postulate finden lässt und deren Basis somit geteilter Meinung ist?

In sieben von fünfzehn unserer Ansicht nach wichtigen politischen Grundthemen und konkreten Sachfragen ist in mehr als 30 Prozent aller Lokalsektionen der fünf grössten Schweizer Parteien die Basis geteilter Ansicht (vgl. Tabelle 3). Praktisch alle Themen und Fragen sind bei wenigstens einer oder zwei Parteien in den Sektionen umstritten. Eine Ausnahme bildet die Sozialpolitik, wo der Grad der Divergenz in den Parteien sowohl im bürgerlichen als auch im linken Lager relativ gering ist. Sonst sind die politischen Themen in der Regel aufgeteilt in Themen, die innerhalb der bürgerlichen Parteien und Themen, die in den linken Parteien umstritten sind.

Innerhalb der politischen Grundthemen gibt es zwei Bereiche, die in der Basis aller bürgerlichen Parteien hoch umstritten sind. Es handelt sich um die zukünftige Rolle des Staates und um die Umweltthematik. In beinahe der Hälfte aller bürgerlichen Lokalsektionen kann sich die Basis zur Frage verstärkter Liberalisierung staatlicher Aufgaben und der Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden keine klare Meinung bilden. Auch die Frage eines EU-Beitritts der Schweiz scheint in der FDP und der CVP keineswegs entschieden zu sein. Hier unterscheidet sich die SVP deutlich durch eine klare Haltung gegen den EU-Beitritt von der FDP und der CVP.

In den linken Parteien sind die Sektionen in zwei anderen, klar bürgerlichen Grundfragen zu einem grossen Teil nicht zu einer festen Meinung fähig. Vor allem die Thematik innere Sicherheit löst bei der SP und bei den Grünen an der Basis gemischte Reaktionen aus. Zwei einander widersprechende politische Konzeptionen erschweren bei der inneren Sicherheit eine Konsensfindung bei den Linken. Einerseits hat der Kampf gegen einen Ausbau des Polizei- und den Sicherheitsapparates als Repressionswerkzeuge des Staates bei ihnen eine lange Tradition. Andererseits hat das Recht des einzelnen auf Schutz vor Gefahren wie Gewalt, Kriminalität etc. durch den Staat im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Denkens in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. In diesem Sinne bildet eine Stärkung der inneren Sicherheit auch eine Erhöhung von Lebensqualität.

Tabelle 3: Anteil der Lokalparteien, deren Basis in politischen Sachfragen geteilter Meinung ist

Sachfragen und Grundthemen	SVP	FDP	CVP	SP	GP	insgesamt
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben	45.5	39.7	55.4	18.5	29.6	38.3
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	48.1	50.1	38.7	14.1	0.0	34.8
Beitritt der Schweiz zur EU	11.2	50.9	46.0	21.3	39.7	34.0
Verringerung der Steuerbelastung	11.8	13.0	22.6	37.7	38.9	23.0
Verringerung der Sozialausgaben	15.8	24.1	28.4	9.5	11.0	21.3
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit	4.2	11.3	8.3	45.7	52.3	19.2
Konkrete Sachfragen						
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	55.9	51.8	61.2	3.5	8.6	40.5
Ausstieg aus der Kernenergie	33.8	38.2	49.3	23.7	0.0	35.1
Für zweite Gotthardröhre	32.6	42.2	48.6	15.2	1.4	32.1
Mehr politische Rechte für Ausländer	11.4	35.5	44.8	30.1	6.8	30.6
Einführung der Mutterschaftsversicherung	35.4	53.4	32.4	2.5	2.7	28.8
Förderung des Finanzplatzes	17.8	9.8	24.4	51.8	35.3	26.8
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	36.5	25.5	41.2	6.2	16.7	25.7
Verschärfung der Asylgesetzgebung	3.9	24.5	30.7	29.8	12.5	23.0
Abschaffung des Bankgeheimnisses	7.9	9.7	16.1	30.7	29.9	17.3

In den konkreten Sachfragen präsentieren sich vor allem die bürgerlichen Parteien mit einer unentschiedenen Basis. Die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, der Bau einer zweiten Gotthardröhre, der Ausstieg aus der Kernenergie, die Frage nach den politischen Rechten für Ausländer (ohne SVP) und eine verstärkte Besteuerung hoher Einkommen (ohne FDP) werden in einem grossen Teil der Lokalsektionen der bürgerlichen Parteien kontrovers beurteilt. Am umstrittensten innerhalb des Bürgerblocks ist aber doch etwas überraschend die klassisch linke Forderung nach mehr Einfluss der Arbeitnehmerschaft in den Wirtschaftsbetrieben. In mehr als der Hälfte der bürgerlichen Lokalparteien kann sich die Basis in dieser Frage nicht zu einer klaren Antwort durchringen.

Innerhalb des linken Lagers erscheint die Basis in der Sachpolitik deutlich homogener als im Bürgerblock. Zwei wichtige Themen, die sich beide um den Finanzplatz Schweiz drehen führen aber auch in der SP und bei den Grünen zu Kontroversen. Vor allem in der SP ist das Postulat einer verstärkten Förderung des Finanzplatzes in der Hälfte der Lokalsektionen höchst umstritten. Hier scheint die Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz innerhalb der SP traditionellen klassenkämpferischen Anliegen zum Teil ebenbürtig zu sein. Die Sorge um die wirtschaftliche Potenz der Schweiz schimmert in der SP und bei den Grünen auch beim Bankgeheimnis durch, das in 30 Prozent der Sektionen der beiden Parteien die Basis geteilter Meinung lässt.

Ein Vergleich der Parteien bestätigt die Vermutung, dass die CVP die Partei mit den stärksten Divergenzen an der Basis ist. In 10 von 15 politischen Themen ist mindestens 30 Prozent der

CVP-Sektionen ohne klare Meinung. Unumstritten sind nur die Forderung nach einer Verbesserung der inneren Sicherheit, die ablehnende Haltung zum Abschaffungspostulat beim Bankgeheimnis und der Ruf nach Steuersenkungen. In allen anderen Fällen kann nicht von einer klaren Haltung der CVP-Basis ausgegangen werden. Nur wenig dezidierter sind die Einstellungen der FDP- und SVP-Basis. Im Falle der SVP erstaunt dieses Resultat doch einigermassen. Die klare Haltung in den meisten politischen Auseinandersetzungen der Parteileitung und der führenden Politiker findet an der Basis nicht überall ihre Bestätigung. Aber auch die Divergenzen in den linken Parteien bei verschiedenen Sachfragen konnten nicht unbedingt erwartet werden.

6. Einflussfaktoren der Divergenzen

Bisher ist in dieser Studie aufgezeigt worden, wie divergent sich die Basis in den grossen Schweizer Parteien bei der Beurteilung von sachpolitischen Fragen verhält. Es hat sich gezeigt, dass sachpolitische Einstellungen stark mit der ideologischen Verortung zusammenhängen. Es wurde aber auch klar aufgezeigt, dass sachpolitische Divergenzen nicht nur in Parteien auftreten, die sich eher in der politischen Mitte positionieren, sondern dass auch in Parteien mit extremeren politischen Positionen die Basis in vielen Sachfragen geteilter Meinung ist. Somit stellt sich die Frage, welche Faktoren neben der ideologischen Position die Beurteilungen der Parteibasis beeinflussen. Neben der ideologischen Positionierung erweisen sich die Regierungsbeteiligung der Lokalsektionen in der kommunalen Exekutive und die sprachregionale Zugehörigkeit als wichtige Einflussfaktoren. Dagegen sind die Grösse der Standortgemeinde der Sektionen und die Zentrumsnähe bzw. der Stadt-Land-Unterschied nur bei wenigen politischen Themen von Bedeutung (vgl. Tabelle 4).

Der hohe Einfluss der Ideologie kann bei einer Berücksichtigung aller untersuchten Lokalparteien nicht überraschen. Es ist davon auszugehen, dass er sich letztlich auf die Parteizugehörigkeit reduziert. Ob die Ideologie innerhalb der Parteien auch determinierend wirkt, wird später bei der Analyse der einzelnen Parteien ersichtlich. Nach der Ideologie ist aber schon die Zugehörigkeit zu einer Sprachregion als wichtigste Determinante zu nennen. In der Romandie werden viele Sachfragen ganz anders beurteilt als in der Deutschschweiz. So setzen sich Westschweizer Parteien signifikant stärker für eine Verringerung der Sozialausgaben und einen Beitritt der Schweiz zur EU ein. Für deutschsprachige Parteien ist dagegen die innere Sicherheit viel wichtiger und sie stehen insgesamt auch der Liberalisierung staatlicher Aufgaben weniger skeptisch gegenüber.

Auch bei den konkreten Sachfragen fallen je nach Sprachregion sich unterscheidende Gewichtungen auf. Die Einführung der Mutterschaftsversicherung und der Ausbau der politischen Rechte für Ausländer finden in der Romandie mehr Anklang, während in der Deutschschweiz die Asylgesetzgebung im Visier der Lokalsektionen steht. Es drängt sich die Feststellung auf, dass in der Deutschschweiz in der Sicherheits-, Aussen- und Ausländerpolitik eine viel restriktivere Einstellung herrscht. Gleichzeitig sind aber die Parteien in der Deutschschweiz weniger strukturkonservativ eingestellt als die Westschweizer.

Tabelle 4: Einflussfaktoren für der Beurteilung sachpolitischer Themen. Eine Regression unter Berücksichtigung aller Lokalparteien

Einflussfaktoren:	Links- rechts- Position	Einsitz in der Exekut.: nein/ja	Sprache franz. / deutsch	Gem. Grösse	Land- Stadt	R Square (sig.)
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben	.365**	.065*	.066*		.053*	.150 (.000)
Verringerung der Steuerbelastung	.540**	.068*				.321 (.000)
Verringerung der Sozialausgaben	.547**		-.092**	-.050*		.328 (.000)
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit	.464**		.127**			.240 (.000)
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	-.444**	-.049*				.210 (.000)
Beitritt der Schweiz zur EU	-.507**	-.054*	-.196**			.315 (.000)
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	.571**		.120**	-.059*	-.048*	.372 (.000)
Förderung des Finanzplatzes	.624**	.058*				.406 (.000)
Für zweite Gotthardröhre	.405**		-.069*			.172 (.000)
Einführung der Mutterschaftsversicherung	-.635**	-.044*	-.129**			.445 (.000)
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	-.597**	-.111**		-.049*		.386 (.000)
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	-.643**	-.063*				.430 (.000)
Mehr politische Rechte für Ausländer	-.601**	-.118**	-.108**	.068*	.051*	.444 (.000)
Abschaffung des Bankgeheimnisses	-.582**	-.042*				.357 (.000)
Ausstieg aus der Kernenergie	-.621**	-.104**	-.060*	.058*		.439 (.000)

* signifikant bei 5%

** signifikant bei 1%

Auch die Regierungsbeteiligung der Sektionen wirkt sich auf die sachpolitischen Beurteilungen der Parteien aus. Lokalsektionen, die mindestens einen Vertreter in der kommunalen Exekutive haben, sehen in vielerlei Hinsicht Sachpolitik anders als die Oppositionsparteien. Hoch signifikant ist der Einfluss der Regierungsbeteiligung bei der stärkeren Ablehnung der Besteuerung hoher Einkommen, der Skepsis gegenüber mehr politischen Rechten für Ausländer und der stärkeren Unterstützung der Kernenergie. Regierungsparteien sind auch stärker für Liberalisierungen und Steuersenkungen, dafür weniger für Umweltsachen und einen Beitritt zur EU. Insgesamt ist die sachpolitische Haltung von Sektionen, die in der kommunalen Regierungsverantwortung stehen, deutlich konservativer als die politische Ausrichtung von Sektionen, die in der Gemeinde nicht in der Exekutive vertreten sind.

Der Einfluss der Gemeindegrösse macht sich bei einigen sachpolitischen Themen bemerkbar, er ist aber nicht so signifikant wie die schon genannten Determinanten. Insgesamt sind Sektionen in grossen Gemeinden fortschrittlicher als in kleinen Gemeinden, was aber für städtische Sektionen nicht unbedingt gilt. Städtische Parteien sind etwas liberaler als Sektionen aus ländlichem Gebiet, und sie befürworten stärker den Ausbau politischer Rechte für Ausländer. Umgekehrt setzen sich Parteien aus ländlichem Gebiet stärker für eine Verschärfung des Asylrechts ein.

7.1 Einflussfaktoren in der FDP

In der FDP reduzieren sich die Einflussfaktoren auf die Sprachregion und die ideologische Positionierung. Regierungsbeteiligung, Gemeindegrösse und der Stadt-Land-Unterschied haben nur wenig bis keine Auswirkungen (vgl. Tabelle 5). Die wichtigste Determinante ist die Zugehörigkeit zum Sprachraum. Grosse Differenzen zwischen der französisch- und der deutschsprachigen FDP werden bei der Beurteilung der Rolle des Staates und bei der Beitrittsfrage der Schweiz zur EU sichtbar. Während die Deutschschweizer Freisinnigen ganz klar für einen Abbau staatlicher Leistungen eintreten und staatliche Aufgaben vermehrt liberalisieren wollen, offenbaren die Welschen Radikalen eine gewisse Staatsfreundlichkeit. Sie beurteilen einen Abbau staatlicher Leistungen zumindest kritisch. Dagegen präsentieren sie sich weitaus weniger europaskeptisch als ihre Parteifreunde aus dem deutschen Sprachraum, die einem EU-Beitritt äusserst negativ gegenüber stehen.

Tabelle 5: Einflussfaktoren bei der Bewertung wichtiger politischer Sachthemen in der FDP (Regression)

Einflussfaktoren:	Links- rechts- Position	Einsatz in der Exekut. : nein/ja	Sprache franz. / deutsch	Gem. Grösse	Land- Stadt	R Square (sig.)
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben			.264**	.126*		.090 (.000)
Verringerung der Steuerbelastung			.177*			.054 (.002)
Verringerung der Sozialausgaben	.183*					.050 (.003)
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit						.014 (.425)
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	-.130*					.041 (.013)
Beitritt der Schweiz zur EU	-.142*	-.100*	-.329**			.137 (.000)
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	.142*		.144*			.048 (.004)
Förderung des Finanzplatzes	.182*		.172*			.073 (.000)
Für zweite Gotthardröhre						.008 (.793)
Einführung der Mutterschaftsversicherung			-.328**			.128 (.000)
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	-.147*					.034 (.037)
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer			-.117*	-.145*		.047 (.006)
Mehr politische Rechte für Ausländer	-.151*		-.136*			.045 (.010)
Abschaffung des Bankgeheimnisses			-.140*			.030 (.070)
Ausstieg aus der Kernenergie			-.188*			.053 (.003)

* signifikant auf 5%

** signifikant auf 1%

Eine deutliche Diskrepanz zwischen den Sprachregionen zeigt sich bei der Mutterschaftsversicherung, die sich in der Romandie auf einen stärkeren Beistand stützt als in der Deutschschweiz. Interessanterweise ist die Unterstützung für einen höheren Einfluss von Arbeitnehmern nicht an die politische Position geknüpft, sie findet in erster Linie Anklang in kleineren Gemeinden in der französischen Schweiz. Die konservative Ausländerpolitik der FDP, die sich in einer Ablehnung zusätzlicher politischer Rechte für Ausländer manifestiert, wird nur in für freisinnige Verhältnisse linken Sektionen in der Romandie durchbrochen.

7.2 Einflussfaktoren in der CVP

Im Gegensatz zur FDP hat die ideologische Position der Lokalsektionen eine grössere Bedeutung auf die Bewertung der Sachpolitik. Gleich wie bei den Freisinnigen ist aber die überragende Stellung der Sprachregion (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der CVP (Regression)

Einflussfaktoren:	Links-rechts-Position	Einsatz in der Exekut. : nein/ja	Sprache franz. / deutsch	Gem. Grösse	Land-Stadt	R Square (sig.)
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben						.017 (.548)
Verringerung der Steuerbelastung						.018 (.463)
Verringerung der Sozialausgaben	.271**	.160*	-.218*			.097 (.000)
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit			.269**			.090 (.000)
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	-.144*					.041 (.067)
Beitritt der Schweiz zur EU		-.180*	-.270**			.122 (.000)
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	.131*		.142*			.061 (.008)
Förderung des Finanzplatzes		.222*				.019 (.480)
Für zweite Gotthardröhre	.137*		-.251**			.113 (.000)
Einführung der Mutterschaftsversicherung	-.193*		-.197*			.108 (.000)
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen				-.182*		.068 (.005)
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	-.242**					.063 (.008)
Mehr politische Rechte für Ausländer			-.261**			.104 (.000)
Abschaffung des Bankgeheimnisses	-.160*	-.150*				.040 (.088)
Ausstieg aus der Kernenergie	-.138*		-.160*			.056 (.020)

* signifikant auf 5%

** signifikant auf 1%

Insgesamt zeigen sich in der CVP stärkere Divergenzen an der Basis als in der FDP. Die Zerrissenheit der CVP-Basis wird in ihrem politischen Problembereich, der Sozialpolitik, am stärksten sichtbar. Die Zustimmung zu Steuersenkungen korreliert stark mit einer rechten ideologischen Position und der Zugehörigkeit zum französischen Sprachraum und etwas

schwächer mit einem Einsatz in der kommunalen Exekutive. Auch bei den Themen Ausland- und Ausländerpolitik sowie bei der inneren Sicherheit tut sich ein Graben zwischen den Sprachregionen auf.

Aehnlich wie in der Sozialpolitik korreliert der Einsatz für die Arbeitnehmerschaft mit der ideologischen Position der Sektionen. Hier unterscheidet sich die CVP deutlich von der FDP, in der der Einsatz für die Arbeiter nur in Randregionen vorhanden ist. Der Einfluss der Regierungsverantwortung wird bei der Förderung des Finanzplatzes deutlich. CVP-Lokalsektionen, die nicht in die Regierung eingebunden sind, haben eine relativ skeptische Haltung gegenüber der Finanzwirtschaft. Die Gemeindegrösse und die Zentrumsnähe wirken sich wie bei der FDP praktisch nicht auf die Sachpolitik in der CVP aus.

7.3 Einflussfaktoren in der SVP

Bei der SVP ist die Aussagekraft der Einflussfaktoren geringer als bei den anderen Parteien. Divergenzen in der Parteibasis können nur zu einem kleinen Teil durch strukturelle Unterschiede oder durch Parteimerkmale, ideologische Positionierung oder Regierungsbeteiligung, erklärt werden. Das bestätigt die Resultate der vorhergehenden Kapitel, dass in der SVP Divergenzen nicht zwischen den Parteien aber häufig innerhalb der Sektionen bestehen. Das bedeutet, dass Parteidoktrinen in der SVP von den Führungsgremien der Partei besser an die Basis kommuniziert werden und die Sektionen nach aussen geschlossener als andere Parteien auftreten. Innerhalb der Sektionen fehlt aber häufig die Geschlossenheit, in vielen Sachbereichen ist die Basis in den Sektionen stark gespalten. Gründe dieser parteiinternen Divergenzen könnten in der Sozialstruktur der aktiven Mitglieder begründet sein, was in einem weitergehenden Analyse zu prüfen wäre. Diese Vermutung drängt sich vor allem bei der Arbeitnehmerpolitik auf, in der in mehr als der Hälfte der Sektionen die Basis gespalten ist. Es liegt die Vermutung nahe, dass hier in vielen Sektionen zwei unterschiedliche Basissegmente aufeinanderprallen: auf der einen Seite ein eher kleinbürgerliches Milieu aus der Arbeitnehmerschicht, auf der anderen Seite wirtschafts- und karriereorientierte Leute, klar auf Arbeitgeberseite.

Die intern umstrittensten politischen Themen sind in der SVP die zukünftige Rolle des Staates und die Bedeutung des Umweltschutzes. Bei diesen beiden wichtigen Themenblöcken deuten sich grundsätzliche Konflikte an: leichte Divergenzen zwischen Sektionen in kleinen Gemeinden und in den Städten und sowie zwischen städtischer und ländlicher SVP (vgl. Tabelle 7). In der Frage der Liberalisierung staatlicher Aufgaben kommt die Skepsis vor allem aus Sektionen in ländlichen Gegenden. In den Zentren und ihren Agglomerationen ist die SVP deutlicher für einen Abbau des Staates. In der Umweltpolitik ist die SVP-Basis stark gespalten. Es gibt aber einen signifikanten Unterschied zwischen Sektionen in kleinen und in grossen Gemeinden. In den kleinen Gemeinden neigt die Waage eher auf die Seite des Umweltschutzes, in grösseren Gemeinden dagegen favorisiert die Parteibasis eher wirtschaftliche Entwicklung zu ungunsten der Umwelt.

Tabelle 7: Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der SVP (Regression)

Einflussfaktoren:	Links- rechts- Position	Einsitz in der Exekut. : nein/ja	Sprache franz. / deutsch	Gem. Grösse	Land- Stadt	R Square (sig.)
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben					-.189*	.075 (.001)
Verringerung der Steuerbelastung	.134*					.035 (.075)
Verringerung der Sozialausgaben	.166*					.039 (.047)
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit						.014 (.545)
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden				-.133*		.017 (.421)
Beitritt der Schweiz zur EU			-.187*			.038 (.050)
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	.160*					.035 (.071)
Förderung des Finanzplatzes	.149*				.136*	.045 (.027)
Für zweite Gotthardröhre						.019 (.446)
Einführung der Mutterschaftsversicherung	-.114*		-.292**	-.124*		.116 (.000)
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen				-.133*		.059 (.006)
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer						.022 (.319)
Mehr politische Rechte für Ausländer			-.296**			.106 (.000)
Abschaffung des Bankgeheimnisses			-.123*			.019 (.373)
Ausstieg aus der Kernenergie			-.156*			.044 (.034)

* signifikant auf 5%

** signifikant auf 1%

In für die Partei wichtigen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Marktorientierung und der Priorität des Wirtschaftswachstums scheinen die traditionellen Gebiete der SVP, ländliche Gegenden, eher kleine Gemeinden, bremsende Funktion zu haben. Dagegen besteht zwischen der SVP in städtischen Räumen und den führenden Gruppen in der Partei eine stärkere Konvergenz.

Die SVP hat erst in den letzten Jahren in der französischen Schweiz richtig Fuss gefasst. Man kann deshalb annehmen, dass die neuen Sektionen in der Romandie die politischen Richtlinien der Partei relativ ungefiltert übernimmt. Bei den wichtigen Grundthemen bestehen auch praktisch keine Abweichungen. Nur bei der Frage eines EU-Beitrittes manifestiert sich die grössere Europafreundlichkeit der Westschweizer Bevölkerung auch in der SVP. In konkreten Sachfragen sind aber deutliche Unterschiede in der Beurteilung zwischen den Landesteilen erkennbar. Offensichtlich werden sie beim Thema Ausländerrechte, bei dem die französischsprachigen Sektionen die Ausländerskepsis der Deutschschweizer SVP nicht übernehmen und eine gespaltene Basis aufweisen. Auch die Mutterschaftsversicherung hat in den Sektionen der Romandie zumindest umstritten und wird nicht so stark abgelehnt.

Die Beurteilung der Mutterschaftsversicherung verläuft überhaupt entlang einiger Konfliktlinien. Neben der Sprachzugehörigkeit korreliert sie auch schwach mit kleinen

Gemeinden und ideologisch eher gemässiger Positionierung. Der ideologische Einfluss macht sich bei einigen Sachfragen bemerkbar, so auch in der Sozial- und Steuerpolitik.

7. 4 Einflussfaktoren in der SP

Die SP verfügt von allen grossen Parteien mit Abstand über die kleinste Basis. Sowohl die durchschnittliche Zahl der Mitglieder als auch der Aktiven liegt deutlich unter denjenigen der anderen Bundesratsparteien. Das lässt darauf schliessen, dass die ideologische Hürde für einen Beitritt auch dementsprechend hoch ist. Dies manifestiert sich auch in einer grossen Geschlossenheit in den wichtigen politischen Fragen. Die SP ist mit wenigen Ausnahmen klar für linke und klar gegen rechte politische Postulate. Allerdings ist die Basis bei vielen Sachthemen in einem grossen Teil der Sektionen gespalten. Bei den Themen Finanzplatzförderung, innere Sicherheit und Steuersenkungen, alles rechte Postulate, beträgt der Anteil der unentschiedenen Sektionen mehr als ein Drittel.

Tabelle 8: Einflussfaktoren bei umstrittenen Sachthemen in der SP (Regression)

Sachfragen und Grundthemen	Links- rechts- Position	Einsatz in der Exeku- tive:nein/ja	Sprache. französ./ deutsch	Gemeinde- grösse	Land-Stadt	R Square (sig.)
Politische Grundthemen						
Liberalisierung staatlicher Aufgaben						.006 (.840)
Verringerung der Steuerbelastung	.110*			-.189*		.071 (.000)
Verringerung der Sozialausgaben	.133*		-.439**	-.102*	-.127*	.273 (.000)
Mehr Anstrengungen für innere Sicherheit	.166*					.047 (.008)
Umweltverträglichkeit bei wichtigen Entscheiden	-.226*		.104*			.072 (.000)
Beitritt der Schweiz zur EU	-.133*	-.128*		.131*		.063 (.000)
Konkrete Sachfragen						
Verschärfung der Asylgesetzgebung	.194*					.046 (.006)
Förderung des Finanzplatzes						.009 (.711)
Für zweite Gotthardröhre		-.117*	-.224**			.094 (.000)
Einführung der Mutterschaftsversicherung	-.230**					.057 (.001)
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer						.003 (.955)
Verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	-.140*					.038 (.020)
Mehr politische Rechte für Ausländer	-.230**	-.143*	-.123*	.174**		.129 (.000)
Abschaffung des Bankgeheimnisses	-.187*					.034 (.050)
Ausstieg aus der Kernenergie	-.304**			.114*		.128 (.000)

* signifikant auf 5%

** signifikant auf 1%

Die wichtigste Konfliktlinie bei der Beurteilung der politischen Themen ist in der SP die ideologische Position (vgl. Tabelle 8). Bei den meisten Sachthemen besteht eine zumindest schwache Signifikanz zwischen einer abweichenden Beurteilung und der Links-rechts-Position der Sektion. Am stärksten ist sie bei der Mutterschaftsversicherung, bei der

Forderung nach mehr Ausländerrechten und einem Ausstieg aus der Kernenergie, wo ablehnende oder unentschiedene Sektionen vornehmlich dem rechten Lager innerhalb der SP angehören.

Bei den wichtigen Themen Steuer- und Sozialpolitik sowie Ausländerpolitik sind Differenzen in der Beurteilung zwischen grossen und kleinen Gemeinden zu erkennen. Abweichende Meinungen kommen aus kleinen Gemeinden und vom Land. In den Zentrumsgebieten ist die Basis deutlich konvergenter.

Bei der SP zeigt sich ein ähnliches Phänomen wie in der SVP. Die wichtigen politischen und ideologischen Leitlinien werden in städtischen und zentrumsnahen Teilen der Partei getragen. Die Opposition innerhalb der Partei wird oft von ländlichen und kleinen Sektionen ausgeübt. Im Gegensatz zur SVP stellen diese in der SP aber eine Minderheit dar.

Auch in der Westschweiz bilden sich kleine Minderheiten in der SP. Zuspruch erhält eine zweite Gotthardröhre nur in der Westschweizer SP, die ökologisch nicht so sensibel ist wie die Deutschschweizer SP. Aber auch Zuspruch erhält die Forderung nach einer Senkung der Sozialausgaben nur in der Westschweiz. Die Sozialpolitik ist überhaupt das Thema, das die Partei am stärksten spaltet. Neben der Sprachzugehörigkeit korreliert die Beurteilung der Höhe der Sozialausgaben auch mit einer rechten Position sowie mit kleinen und ländlichen Gemeinden. An der Sozialpolitik wird ein kleiner Graben in der SP sichtbar, der kleine Sektionen aus peripheren Gegenden sachpolitisch etwas isoliert.

Interessant ist auch der Umstand, dass die Regierungsbeteiligung in der SP bei einigen Sachfragen zu einer signifikant rechteren Sichtweisen führt. So sind SP-Sektionen mit mindestens einem kommunalen Exekutivvertreter weniger stark für einen EU-Beitritt, häufiger für eine zweite Gotthardröhre und weniger deutlich für einen Ausbau der politischen Rechte für Ausländer.

7. Fazit

Seit 1990 haben vor allem auf Bundesebene die bürgerlichen Parteien FDP und CVP sowie die SP und die Grünen starke Linksverschiebungen vollzogen. Die SVP hat sich konträr zu dieser Entwicklung dem rechten Rand des politischen Spektrums angenähert. Damit ist nicht nur eine Divergenz im gesamten politischen System, sondern auch im bürgerlichen Lager zu beobachten. Diese Befunde stehen im Gegensatz zu den Beobachtung einer leichten Konvergenz in den 1990er Jahren (vgl. Brändle 1999). Damit einher geht die Annahme, dass sich diese klare Positionierung der Parteien, die seinesgleichen in Europa sucht, auch durch unterscheidbare Beurteilungen von politischen Themen ausdrückt. Als zweites ist aber auch zu vermuten, dass die Basis der Parteien auf den extremen Positionen, der SP und der SVP, sachpolitisch konsistenter und geschlossener sind als die CVP und die FDP in der Mitte.

Tatsächlich zeigt sich, dass die Differenzen in der Sachpolitik zwischen der Basis der SVP und der SP sehr gross sind. Die SVP unterstützt rechte Postulate und lehnt linke Forderungen kategorisch ab, bei der SP ist es genau umgekehrt. Innerhalb des bürgerlichen wird das Auseinanderdriften der Parteien aber auch sachpolitischer Ebene nicht bestätigt. So sind vor allem FDP und SVP in den meisten konkreten Sachfragen einer Meinung, ja die FDP nimmt in der Frage der zukünftigen Rolle des Staates sogar eine rechttere Position ein als die SVP. Aber auch der Linksrutsch der CVP kann im sachpolitischen Bereich nur schwer nach

vollzogen werden. Auch sie nimmt in den meisten Fragen klar bürgerliche Positionen ein und es manifestiert sich eine inhaltliche Geschlossenheit.

Der Eindruck einer Divergenz im bürgerlichen Lager findet in der Beurteilung sachpolitischer Themen durch die Parteibasis also keine klare Entsprechung. Im Gegenteil sind FDP und CVP in den letzten Jahren eindeutig in die Nähe der SVP gerückt. So haben sich in der Zwischenzeit FDP und CVP von EU-Befürwortern zu klaren EU-Skeptikern gewandelt. Auch in anderen Fragen (Umweltschutz, Asylwesen) hat sich die CVP eindeutig nach rechts verschoben. Es macht den Anschein, dass sich in den letzten Jahren die beiden politischen Lager verfestigt haben. Grösser geworden ist also nur der Graben zwischen den linken und den bürgerlichen Parteien.

Findet diese Verfestigung der Blöcke auch ihren Ausdruck durch eine entsprechende Konsistenz der jeweiligen Basis? Besteht bei den Aktiven der einzelnen Sektionen über die sachpolitische Ausrichtung. Aufschluss darüber gibt uns der Anteil der Lokalsektionen, in denen bei den Aktiven keine klaren Mehrheiten für oder gegen politische Grundthemen und Sachfragen vorhanden sind. Dabei erweist sich die Basis der Parteien als sehr inkonsistent. In vielen politischen Grundfragen können 30 bis 50 Prozent der Lokalsektion keine klare Position einnehmen. Überraschenderweise gilt dies nicht nur für die FDP und die CVP, sondern fast ebenso sehr für die politischen Hardliner SP und SVP.

Die klaren Positionen auf der Links-rechts-Achse zeichnet sich an der Basis nicht in gleichem Ausmass ab. Diese ist politisch nicht so verfestigt, wie es die klaren ideologischen Positionen der Parteien weismachen. Damit sind einige Konfliktlinien innerhalb der Parteien vorhanden, die sich mittel- oder langfristig auswirken können.

8. Daten und Methode

Dieser Text basiert auf zwei quantitativen Umfragen bei den Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien. Die erste Befragung wurde 1989 durchgeführt, die zweite zwischen September 2002 und Februar 2003. Für die Finanzierung zeichnete in beiden Fällen der Schweizerische Nationalfonds verantwortlich. Beide Befragungen sind am Soziologischen Institut der Universität Zürich geplant und durchgeführt worden.

Die Beteiligung war bei beiden Umfragen befriedigend. Von den rund 5000 lokalpolitischen Gruppierungen haben 2002/2003 2580 an der Befragung teilgenommen, was einer Rücklaufquote von 51.8 Prozent entspricht. Auch die Beteiligung an der Befragung von 1989 betrug rund 50 Prozent.

9. Literatur

von Beyme, Klaus, 2000. *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien.* Westdeutscher Verlag.

Seitz, Werner et al., 2003. *Nationalratswahlen 2003. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971.* Bundesamt für Statistik, Neuchatel.

Brändle, Michael, 1999. "Konkordanz gleich Konvergenz? Die Links-rechts-Positionierung der Schweizer Bundesratsparteien, 1947-1995", in: *Swiss Political Science Review* 5(1), S. 11-29.

Ladner, Andreas, 1994. *Sachpolitische Schwerpunkte*, in: Geser, Hans et al. 1994. *Die Schweizer Lokalparteien.* Seismo Verlag, Zürich, S. 282-314.

Ladner, Andreas, 2001. *Die politische Orientierung der Kantonalparteien*, in: Ladner, Andreas, Brändle, Michael, 2001. *Die Schweizer Parteien im Wandel*, Seismo Verlag, Zürich, S. 261-303.

Poguntke, Thomas, 2000. *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Westdeutscher Verlag.

Schaller, Roland, 1994. *Die politische Orientierungen der Lokalparteien*, in: Geser, Hans et al. 1994. *Die Schweizer Lokalparteien.* Seismo Verlag, Zürich, S. 107-137.